

Nachbetrachtung des dialogischen Formats

„Auch Kunst ist Arbeit...!“

Austausch zur Einführung einer angemessenen Ausstellungsvergütung in Bremen

Mittwoch, den 02.11.2022, 19-22 Uhr

Initiiert und organisiert vom **BBK Bremen** und **Künstlerinnenverband Bremen, GEDOK**
Im Rahmen des 30-jährigen Jubiläums des **Künstlerhauses Bremen**.

Die Einführung einer angemessenen Ausstellungsvergütung ist in Bremen und bundesweit eine seit Jahren immer wieder angebrachte Forderung. In Bremen wurden jüngst seitens Politik und Kulturbehörde öffentliche Bekanntmachungen und inhaltliche Vorstöße gewagt, um die Ausstellungsvergütung konkret und zeitnah einzuführen. Zur angemessenen Entlohnung künstlerischer Arbeit tauschen sich Expert:innen, Politiker:innen, Fachszene und Kunstschaffende aus.

Ziele der Veranstaltung: Auf Augenhöhe in Austausch kommen, diverses Meinungsbild einfangen, Positionen zu Optionen entwickeln, unterschiedliche Möglichkeiten in Betracht ziehen und debattieren, ...

Moderation: Beata Frenzel, dialogARCHITEKTIN, Bremen
Alle Fotos: Kerstin Rolfes



1. Einstieg
2. Statements der Impulsgeberinnen
3. Diskurs mit dem Publikum
4. Konklusion

1. Einstieg: Kunst ist Arbeit!

3er-Gespräche mit anschließender Konklusion in großer Runde

Künstlerisches Schaffen ist keine Selbstverwirklichung, sondern Arbeit an der und für die Gesellschaft. Es braucht ein gesellschaftliches Umdenken zur Anerkennung dieser Arbeits- und Wertschöpfungszusammenhänge. Die meisten Künstler:innen werden für ihre professionelle Arbeit nicht oder unzureichend vergütet. Die wenigsten Künstler:innen können von ihrem Hauptberuf leben. Es braucht tiefgreifende Systemveränderungen, um die soziale Situation von Künstler:innen zu verbessern. Die aktuelle Systemkrise der Kultur könnte eine Chance sein, um zukünftige Modelle zu diskutieren. Das Instrument der Ausstellungsvergütung könnte eines davon sein.

2. Statements der Impulsgeberinnen

Carmen Emigholz:

„Wir sind entschlossen die Rechte der Künstler:innen zu verteidigen!“

„Wir haben einen großen und sehr differenzierten Instrumentenkasten für die bildende Kunst entwickelt, um die Situation von Künstler:innen zu verbessern. Wir sind in der Lage dafür zu kämpfen, dass Kunst und kreatives Schaffen einen Wert in der Gesellschaft haben. Die Frage ist: Schaffen wir es, den Geist um die Relevanz des Kunstschaffens aus der Pandemie nachhaltig in die Gesellschaft zu etablieren? Wir sind entschlossen die Rechte der Künstler:innen zu verteidigen.“

Es gibt auf Bundesebene verschiedene Bemühungen, Modelle zur Ausstellungsvergütung zu entwickeln und zu implementieren. Bremen leitet gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen die Arbeitsgruppe für Künstler:innen-Honorare. Diese Themen liegen in einem politisch besonders schwierigen Bereich, weil sie als sogenannte „freiwillige Leistungen“ gelten, aber: wir setzen uns kontinuierlich dafür ein und wir sind an der Seite der Kulturschaffenden. Derzeit ist unsere höchste Prämisse, alle durch den kalten Winter und die drohende Energie-Krise zu bringen. Außerdem setzen wir uns schon lange dafür ein, die Kultur mit einem festen Förderstatus ins Grundgesetz zu verankern.

Mit dem nächsten Haushalt werden mit den öffentlich geförderten Ausstellungshäusern Zielvereinbarungen getroffen, die verpflichtenden Künstler:innenhonorare zu zahlen. Den Häusern, die zeitgenössische Kunst präsentieren, werden wir vorschlagen die Förderung dementsprechend zu erhöhen. Die Ausstellungsvergütung sehen wir als existenziellen Teil einer sozialen Künstler:innenförderung.“



Carmen Emigholz, Staatsrätin beim Senator für Kultur der Freien Hansestadt Bremen seit 2007, setzt sich auf landes- und bundespolitischer Ebene für die verpflichtende Einrichtung von Ausstellungsvergütungen ein.

Lisa Bergmann:
„Lobby ist man immer selber.“

„In Ausstellungen finden Auftragsverhältnisse statt. Wie kann es sein, dass öffentliche Häuser, die eine Leistung anfragen und in Anspruch nehmen, dafür nicht bezahlen? In Deutschland liegt das durchschnittliche Brutto-Einkommen bei 4000 € – in der Kunst liegt nur das Einkommen von 7% über 1660 €. Nur die bestverdienenden Künstler:innen können von ihrer Arbeit leben. Wir brauchen ein Recht auf Mindestlohn und Arbeitstarife!

Es sollte in dem größten Interesse aller sein – auch in dem der Arbeitgebenden

–, dass bildende Künstler:innen Arbeitsrechte haben, damit sie langfristig und sozial abgesichert tätig sein können. Stattdessen leben viele Künstler:innen in prekären Verhältnissen mit existenziellen Sorgen. Es sollte gemeinsam von oben gefordert und nicht nach unten getreten werden.

Warum kann man für die Bildenden Künste keine Bezahlssysteme und verpflichtende Tarife aus dem Theater übernehmen? Für die Bildenden Künste sollte genauso viel Geld in die Hand genommen werden, wie für alle anderen Sparten auch, um eine lebendige Szene zu ermöglichen. **Wir Künstler:innen sollten zusammenhalten, uns vernetzen, strategisch ausrichten und uns politisch engagieren.** Lobby ist man immer selber. Die eigenen Lebensverhältnisse sollten nicht verschleiert, sondern offengelegt werden, um zu zeigen, dass die wenigsten von ihrer Kunst leben können.“

Lisa Bergmann,
Sprecherin AG Gerechte
Bezahlung für das
Bündnis für eine gerechte
Kunst- und Kulturarbeit,
Baden-Württemberg,
plädiert für einen
solidarischen Arbeits-
kampf und informierte,
selbstbewusste
Verbandsarbeit in den
bildenden Künsten.



Janneke de Vries (links), Direktorin der Weserburg Museum für moderne Kunst in Bremen, fordert Regularien für die öffentlichen Häuser, um zur gerechten Zahlung von Ausstellungsvergütungen zu verpflichten.

Janneke de Vries:
„Ich möchte alle Künstler:innen ermutigen: geht proaktiv auf die Institutionen zu und fordert eine Vergütung ein!“

„Es ist völlig klar: Die Weserburg macht keine Einzel-Ausstellungen ohne Künstler:innen-Honorar. Bei Gruppenausstellungen jedoch ist das derzeit noch schwierig, weil schnell so teuer, dass die Zahlungen für das Museum nicht mehr leistbar sind. Dementsprechend gibt es in Bezug auf das Ausstellungshonorar immer noch offensichtliche Ungerechtigkeiten: Wer besser verhandelt und mutig fordert, bekommt Honorar. Wir sind

als Institutionen einfach noch nicht in der Lage, ein einheitliches und für alle verbindliches Honorar zu zahlen. Ich möchte deshalb alle Künstler:innen ermutigen: Geht proaktiv auf die Institutionen zu und fordert eine Vergütung ein! Außerdem braucht es Regularien, um eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen zu schaffen und Ungerechtigkeit auszumerzen. Die Einführung einer verpflichtenden Ausstellungsvergütung ist der richtige Weg. Nur darf die Politik die Häuser mit dieser Verpflichtung dann nicht alleine lassen – die Honorare müssen zukünftig auf die Haushalte der Institutionen aufgeschlagen werden.

Auch die Häuser müssen sich zusammenschließen, um ihre Forderungen an die Politik gemeinsam zu formulieren – damit sie in die Lage versetzt werden, die angemessenen Forderungen nach gerechten Künstler:innen-Honoraren erfüllen zu können.“

3. Diskurs mit dem Publikum

Zusammenfassung – Wiedergabe einzelner Positionen und Argumente ohne Konsensfindung

- Die Ausstellungsvergütung ist nur ein Teil des Lösungswegs für mehr gerechte Bezahlung.
- Es gibt sehr viele gute, zielgerichtete Ideen, die nur auf ihre Umsetzung warten.
- Eine gerechte Arbeitsvergütung ist eine politische Entscheidung. Wir brauchen Politiker:innen, die sich dafür einsetzen. Dafür braucht es zwar den Druck aus der Szene, aber die nötigen Regularien und Verpflichtungen können nur Politiker:innen durchsetzen.
- Warum ist das Künstler:innen-Honorar nach wie vor eine freiwillige Leistung?
- Wir dürfen bei alledem nicht vergessen, dass es insbesondere seit 2020 seitens des Senats einen enormen Aufwuchs an Mitteln gegeben hat. Dies sollte auch anerkannt werden.
- Die „Soziale Künstler:innenförderung“ in Bremen zwischen 1984-2004 war ein Instrument, das für eine finanzielle Absicherung gesorgt hat und gleichzeitig zum Aufbau der Städtischen Sammlung zeitgenössischer Kunst beigetragen hat.
- Wir wünschen uns mehr Transparenz in den Häusern, die zeigt, wer sich an die Leitlinien hält. Eine Veröffentlichung der Honorarzahungen wäre sinnvoll.
- Wir möchten keine Förderung, sondern eine faire Vergütung der Arbeit – wir sind nicht arbeitslos, sondern mittellos.
- Wir sollten nicht nur Richtung Stadt, Land oder Bund argumentieren und fordern, sondern auch die kommerzielle Szene in den Blick nehmen. Auch der Kunstmarkt sollte kritisieren und ggf. gefördert werden, um eine höhere Aktivität im Galeriewesen und neue Vermarktungsstrategien für Künstler:innen zu erreichen.
- Es muss mehr Öffentlichkeitsarbeit für dieses Thema gemacht werden.
- Es sollte feste Ausstellungs-Engagements für Künstler:innen in den Häusern geben, denn es wird bereits im Vorfeld einer Ausstellung meist lange und sehr intensiv zusammengearbeitet, was ebenfalls honoriert werden sollte. Es geht um ein öffentliches Verhältnis, das man miteinander eingeht und das viel mehr Wert ist als beispielsweise 300,00 €, die die Ausstellungsvergütung dafür vorsieht. Ist es eine Überlegung Künstler:innen zukünftig für Ausstellungen anzustellen?



4. Konklusion

Künstlerische Arbeit ist keine Selbstverwirklichung, sondern Arbeit an der und für die Gesellschaft. Die Arbeit im Selbstauftrag sollte als Arbeit mit gesellschaftlichem Auftrag verstanden werden, von der die wenigsten Künstler:innen leben können – auch, weil sie in vielen Arbeitsverhältnissen nicht oder unzulänglich entlohnt werden.

Die faire Vergütung von Arbeit durch Künstler:innen darf keine freiwillige Leistung, sondern muss verpflichtende Bedingung sein. Im Rahmen von Ausstellungen in nicht-kommerziellen Kunstorten sollte *jede* erbrachte Leistung von Künstler:innen vergütet werden – dies umschließt alle Leistungen im Rahmen eines Ausstellungsprojekts von der Konzeptionsarbeit bis hin zum Abbau (Honorarzahlen als Stundensätze) und insbesondere die Bereitstellung des künstlerischen Werks (pauschale Ausstellungsvergütung anhand einer Matrix). Diese Entlohnung ist ein unvermeidlicher Baustein zur Anerkennung des gesellschaftlichen Engagements von Künstler:innen.

Diese Forderung muss vehement von der Szene in Zusammenarbeit mit den Verbänden und Institutionen eingefordert werden. Für die Umsetzung braucht es Akteur:innen aus Politik und Verwaltung, die diese Forderung anerkennen und die Umsetzung forcieren. Die Kulturbehörde Bremen setzt sich unter der Leitung von Carmen Emigholz für die zeitnahe Einführung der Ausstellungsvergütung ein. Hierfür braucht es eine rechtliche Grundlage, stärkende Netzwerke und die finanzielle Unterstützung für Ausstellungshäuser, die ihre Honorarzahlen transparent offenlegen und kommunizieren sollten.

Die Ausstellungsvergütung ist *ein* Teil eines Lösungswegs hin zu einem gerechteren Entlohnungssystem für Künstler:innen. Nur auf die Ausstellungsvergütung zu setzen, ist nicht ausreichend: wir brauchen verschiedenste Förderformate und Vermarktungsstrategien, um künstlerische Arbeit auskömmlich zu machen. Die öffentliche Hand als einzige Finanzquelle kann dabei nicht das Ziel sein, sondern die Trisektoralität aus Staat, Wirtschaft und Zivil-Gesellschaft muss ständig in Blick genommen werden. Wir brauchen Verantwortungsteilung und kooperatives Engagement!